

2015-01-12

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 03.12.2014

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:30 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Kuras** eröffnet. Ebenfalls begrüßte er die Mitglieder des Betriebsausschusses des Anhaltischen Theaters Dessau, welche zur gemeinsamen Beratung des Tagesordnungspunktes 3 anwesend waren.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit beider Gremien – Haupt- und Personalausschuss mit 10, Betriebsausschuss ATD mit 8 Stimmberechtigten – wurde festgestellt.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Als Änderung der vorgeschlagenen Tagesordnung gab **Herr OB Kuras** bekannt, dass im Einvernehmen mit der Verwaltungsspitze der TOP 10.3 – Langfristige Sicherung des DRHV – im öffentlichen Teil als TOP 9.13 behandelt wird.

Es wurde von **Herrn Kolze** namens der CDU-Fraktion die BV 361/2014 zurückgezogen. Er zeigte in diesem Zusammenhang an, dass gemeinsam mit den anderen Fraktionen des Stadtrates ein abgestimmter Änderungsantrag zur BV 363/2014 eingebracht wird.

Die geänderte Tagesordnung wurde beschlossen.

Zur Fortsetzung der Sitzung wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

- **Fortsetzung der Beratung des Haupt- und Personalausschusses**

4 Genehmigung der Niederschrift vom 22.10.2014

Die Niederschrift wurde genehmigt.

5 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr OB Kuras informierte über die in der letzten Sitzung im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse des Ausschusses:.

Verleihung der Rathausplakette an den Förder- und Heimatverein Dessau-Alten e. V.

Befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen der Jahre 2002 bis 2008 einschließlich steuerlicher Nebenleistungen für einen eingetragenen Verein

Grundstücksangelegenheit

Veräußerung eines kommunalen Grundstückes in der Hauptstraße, Kleinkühnau; Erteilung einer Belastungsvollmacht

6 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

7 Einwohnerfragestunde - ca. 17:30 Uhr -

An der Sitzung nahmen keine Einwohner teil, so dass kein Fragebedarf bestand.

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 Kurzanalyse der Ursachen für die Ergebnisse der Jahresrechnung 2012 im Haushaltsvergleich Vorlage: IV/062/2014/II-20

Es gab keinen Einführungsbedarf.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

8.2 Stadt Dessau-Roßlau Verwaltungshaushalt Jahresrechnung 2012, Feststellung des Ergebnisses Vorlage: BV/351/2014/II-20

Frau BM Nußbeck ging auf Wunsch näher auf die Jahresrechnung ein. Insgesamt seien die Soll-/Fehlbeträge in den letzten Jahren deutlich abgebaut worden, erläuterte sie. In der Analyse seien die Gründe dezidiert aufgeführt worden.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

8.3 Bericht zur Umsetzung des Leitbildes (Jahresbericht 2013) Vorlage: IV/061/2014/VI-61

Herr Schönemann brachte zum Ausdruck, es werde begrüßt, dass an der Umsetzung stringent gearbeitet wird.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

8.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Auf die Frage zur Baugrunduntersuchung für den Standort des Ausstellungszentrums Bauhaus von **Herrn Schönemann** informierte **Herr OB Kuras**, es sollte vor Beginn dieser eine Informationsveranstaltung stattfinden. Diese wurde aber aus terminlichen Gründen auf den 21. Januar 2015 verlegt und wird in der Aula des Bauhauses durchgeführt.

Um die Bevölkerung dennoch zeitnah umfassend zu informieren, werden andere Wege eingeschlagen. So wird eine Pressemitteilung herausgegeben, eine Pressekonferenz abgehalten und so viele Medien wie möglich genutzt. Man befinde sich in einem hohen Zeitdruck, um die Fristen zu halten, da bereits die Vergaben erfolgten. Herr OB Kuras sehe es daher als vertretbar an, mit einer vorgelagerten ordentlichen Pressearbeit so schnell als möglich mit den Untersuchungen zu beginnen. Herr Kuras verwies in dem Zusammenhang an den zeitlichen Aufwand solcher Untersuchungen, bei denen es zu Unterbrechungen kommen kann, die noch nicht absehbar sind. Schwierig würde es z. B. wenn noch archäologische Funde gemacht würden.

Herr Schönemann betonte, es gebe jetzt ein Problem in der Kommunikation. Man habe versucht, mit dem Format Stadtgespräch einen guten Auftakt zu wählen, was nur bedingt gelungen ist. Für ihn sei eine Sondierung gleichzeitig als Baubeginn zu werten. Deshalb sei es für ihn wichtig, das in einer vorhergehenden wirklich qualitativ hochwertigen Kommunikationskampagne noch vor Beginn zu transportieren, damit das Vertrauen nicht abhandenkommt.

Er sehe nicht die ganz großen Bedenken, entgegnete **Herr OB Kuras**, da es üblich ist, nach der Beschlussfassung eines Bebauungsplanes die Bebaubarkeit des zukünftigen Baufeldes zu überprüfen. Es erfolgt auch nicht nur eine Pressemitteilung, sondern ein Pressegespräch. Die große Informationsveranstaltung wird in Absprache mit Frau Perren stattfinden.

Es dürfe auf keinen Fall ein weiterer Zeitverlust entstehen, betonten abschließend **Herr Kolze** und **Herr Eichelberg**.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

9 Beschlussfassungen

9.1 Ausschreibung: Wahl des /der Beigeordneten für Gesundheit, Sozia-

les, Bildung und Kultur und Wahl des/der Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung
Vorlage: BV/345/2014/I-OB

Nach Einführung durch Herrn OB Kuras warf **Herr Eichelberg** die grundsätzliche Frage auf, ob überhaupt ausgeschrieben werden soll. Bevor die Diskussion geführt wird, wann und was ausgeschrieben wird, wolle er vom Hauptverwaltungsbeamten wissen, ob dies die Zukunft ist, ob man sich nach wie vor die Beigeordneten leisten will. Es gebe auch kein Muss für eine Ausschreibung. Letztendlich verwies Herr Eichelberg auf die heute noch zu behandelnde Vorlage, die Auswirkungen auf die Strukturen hätte.

Herr OB Kuras betonte, er hätte die Vorlage nicht eingebracht, wenn er anderer Auffassung sei. Seines Erachtens benötige man nach wie vor die Beigeordneten und hinsichtlich der Zuordnung der Bereiche habe es sich bewährt. Ihm sei nicht bekannt, dass es seitens der Landesregierung in absehbarer Zeit Planungen für eine Kreisgebietsreform gibt.

Aus politischen Gründen warnte **Herr Kolze** davor, die Dezernentenbereiche in Frage zu stellen. Die OB-Runde sei diejenige, die politische Entscheidungen in der Stadt vorbereitet. Wenn diese Ebene fehlt, gehe auch ein Stück Mitbestimmung des Rates verloren. Andererseits meine er, dass heute nicht zwingend diese Ausschreibung beschlossen werden muss. Man sollte sich durchaus noch die Zeit geben, um die aufgeworfenen Fragen zu beraten. Weiterhin sei die Entscheidung auch relevant für die Hauptsatzung, die gerade in der Überarbeitung ist. Aus diesem Grunde halte er es für sachgerecht, heute diese Entscheidung nicht zu treffen. Um die Arbeitsfähigkeit des Gremiums zu sichern, muss diese Entscheidung aber in einem angemessenen Zeitraum getroffen werden.

Herr OB Kuras mahnte, dennoch heute den Beschluss zu fassen, natürlich können noch Anpassungen erfolgen, aber gerade bei der betreffenden Stelle hätte man noch etwas Zeit.

Heute sollte wirklich noch nicht der Beschluss gefasst werden, aber das Thema muss schnell in der Redaktionskommission für die Hauptsatzung aufgegriffen werden, erklärte **Herr Schönemann**.

Man befinde sich im Grenzbereich Verwaltung und Politik, weshalb **Herr OB Kuras** darauf hinwies, dass die eigentliche Organisation Sache des Hauptverwaltungsbeamten ist. Wenn man sich über die Abgrenzungen einig ist, könne man auch mit einem gewissen Zeitaufschub leben. Man habe auch für die Wahl die planmäßig letzte Stadtratssitzung, um den gesetzlichen Zeitrahmen einzuhalten, vorgesehen, ergänzte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Der letzte Termin liege einen Monat vor der Neubesetzung.

Sich den Ausführungen anschließend, plädierte **Herr Bönecke** dafür, diese zwei Punkte – grobe Richtung in der Hauptsatzung und auch grobe Richtung beim Stadtmarketing – zunächst abschließend auf den Weg zu bringen und dann diese Beschlussfassung zu treffen. Der letzte Termin liegt einen Monat vor Ablauf der Amts-

zeit und er gehe davon aus, dass man für die Ausschreibung für den Beigeordneten für Gesundheit und Soziales noch den Mai habe und dann müsse es eben eine Sondersitzung des Stadtrates geben.

Er sei eher dafür, eine Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses anzuberaumen und im Rhythmus der Stadtratssitzungen zu bleiben, entgegnete **Herr OB Kuras**.

Seitens der Hauptausschussmitglieder wurde Zustimmung signalisiert.

Die Beschlussfassung zur Vorlage wurde zurückgestellt.

**9.2 Vermögenshaushalt Jahresrechnung 2012 der Stadt Dessau-Roßlau
Feststellung der zu bildenden bzw. zu übertragenden Haushaltsausgabereste
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: BV/354/2014/II-20**

Frau BM Nußbeck wies darauf hin, dass es der letzte kamerale Haushaltsabschluss ist. In der Doppik gibt es keine Haushaltsausgabereste mehr. Im HHJ 2013 wurde alles neu geplant.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**9.3 Neufassung des Gesellschaftsvertrages der DVV
Vorlage: BV/330/2014/II-30**

Herr OB Kuras führte aus, man sei gehalten, den Vertrag dahingehend zu ändern, dass der 100%ige Gesellschafter mit einer Stimme sprechen muss. Dann komme es auf den Hauptverwaltungsbeamten an, der dann die Gesellschafterversammlung zu vertreten hat. Dies wurde nochmals begründet und die Neufassung dieses Gesellschaftsvertrages aufgesetzt. Im Aufsichtsrat der DVV wurde ebenfalls bereits darüber gesprochen.

Auch in der Redaktionskommission zur Geschäftsordnung/Hauptsatzung habe man sich verständigt, merkte **Herr Schönemann** an. Es ging um die politische Wichtung und Zuordnung von Entscheidungen. Man habe sich aber für die Regelung entschieden, dass die Aufgaben die Entscheidungshoheit des politischen Wahlergebnisses nicht beeinträchtigen. Mit der Möglichkeit, den Hauptausschuss als korrespondierendes Gremium für diesen Teil zu nutzen, habe man diesen Proporz gewahrt.

Frau BM Nußbeck merkte an, man habe auch das Angebot gemacht, dass in der Aufsichtsratssitzung der DVV nochmals darüber beraten wird. Es war auch klar, dass alle Aufgaben, die möglich sind, auch beim Aufsichtsrat bleiben, nur die gesetzlichen und satzungsrechtlichen Regelungen, soll die Gesellschafterversammlung wahrnehmen.

Ergänzend merkte **Herr Eichelberg** an, die anfänglichen Bedenken seien ausgeräumt, d. h. dass jetzt viele Aufgaben im Aufsichtsrat liegen. Letztendlich gibt es das Angebot, wenn der Gesellschafter wichtige Entscheidungen trifft, nimmt er den Hauptausschuss mit. Damit könne er sich einverstanden erklären.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Beschlussfassung im Stadtrat zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

9.4 Wahl von Stadträten in das Kuratorium der Stiftung "Stiftungen der Stadt Dessau" **Vorlage: BV/355/2014/II-30**

Durch die Fraktionen Die Linke und Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN erfolgte die Benennung ihrer Stellvertreter:

Fraktion Die Linke:	Herr Hans-Joachim Pätzold
Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN:	Herr Dr. Jost Melchior.

Die Fraktion der CDU wird zur Sitzung des Stadtrates die Benennung vornehmen.

Der Haupt- und Personalausschuss nahm die Vorlage mit den erfolgten Ergänzungen zustimmend zur Kenntnis.

9.5 Feuerwehrsatzung **Vorlage: BV/272/2014/II-37**

Frau BM Nußbeck wies auf das heute übergebene Austausch- und Ergänzungsblatt, welches im Ergebnis der Beratung im Finanzausschuss erstellt wurde. Hier war der Änderungsantrag der CDU-Fraktion von der Verwaltung übernommen worden.

Herr Kuhnhold, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, gab weitere Erläuterungen zur vorgelegten Satzung. Die vorgeschlagene moderate Erhöhung sollte beschlossen werden und dann müsse die Möglichkeit geprüft werden, in 2015 in anderen Haushaltsstellen außerhalb der Feuerwehr die Deckung zu finden.

Die Vorlage wurde mit der ausgereichten Änderung aus dem Finanzausschuss beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**9.6 Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung 2014 - Leistungen nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz
Vorlage: BV/282/2014/V-50**

Es erfolgte eine Einführung durch **Herrn Oberbürgermeister Kuras**.

In der folgenden Aussprache informierte **Herr Kolze**, im Finanzausschuss des Landtages hat in der letzten Woche entsprechende Anhebungen im FAG beschlossen. Der Beschluss im Landtag erfolgt in der kommenden Woche, so dass es für die Stadt ein „durchlaufender Posten“ sei.

Auf die Nachfrage von **Herrn Bönecke**, ob dies auch schon für 2014 zutrifft, merkte **Herr Kolze** an, der Doppelhaushalt sei für 2015/16, da es sich aber hier um eine Rechtsverpflichtung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz handelt, wird das Land auch für die höheren Kosten in 2014 aufkommen müssen.

Wenn dies so ist, könne er anders als im Finanzausschuss entscheiden, stellte **Herr Bönecke** fest. Dort hatte er es klar abgelehnt, da er als Stadtrat es nicht länger hinnehmen kann, das Land und Bund Aufgaben auf die Kommunen abwälzen, ohne für eine entsprechende finanzielle Ausstattung zu sorgen.

Das Land werde seiner Verpflichtung nachkommen, betonte **Herr Kolze**, dies könne er hier durchaus sagen. Man dürfe davon ausgehen, dass dies der Finanzminister, der dies in seiner Verantwortung hat, machen wird.

Unabhängig davon zeichnen sich in der Stadt bestimmte Prozesse ab, merkte **Herr Schönemann** an. Aus diesem Grund erbitte er für die nächste Sitzung des Haupt- und Personalausschusses einen Sachstandsbericht seitens des zuständigen Beigeordneten zur Problematik selbst. Für ihn sei es wichtig, dass er über bestimmte Dinge voll inhaltlich informiert ist, um vernünftig zu argumentieren.

Darin sehe er kein Problem, erwiderte **Herr OB Kuras**. In der Stadt habe man bisher eine ruhige Lage im Vergleich mit anderen westlichen Großstädten. Diese haben z. B. keinen Wohnungsleerstand, müssen Wohnen neu bauen bzw. Container bereitstellen. Noch gelinge es uns, die Asylbewerber nach wie vor dezentral unterzubringen und es gibt auch noch keine Ereignisse wie in Dresden, wo Demonstrationen stattfinden.

Dem Anliegen von Herrn Schönemann schloss sich auch **Frau Benckenstein** an. Es sei wichtig, als Stadtrat auf bestimmte Dinge richtig reagieren zu können.

Im Sozialausschuss habe man über die Problematik ausführlich diskutiert, betonte **Herr Puttkammer**. Es wäre angebracht, wenn in den Fraktionen die Informationen weitergetragen werden, dann benötige man hier nicht die Diskussion mit teilweise

unklaren Fakten wiederholen. Es war mitgeteilt worden, dass wir Zuwanderungen haben und dies sei auch entsprechend gewertet und diskutiert worden. Seiner Meinung nach habe man als Stadt mit der dezentralen Unterbringung ein modellhaftes Vorgehen. Dies entschärfe viel soziales Sprengmaterial. Wie breit gefächert es ist, werde in der Vorlage deutlich. Ein Problem gebe es noch gar nicht, es werde nur von denjenigen erkannt, die ein Problem sehen wollen. Im Augenblick werde die Problematik hervorragend behandelt. Der Sozialausschuss habe sich intensiv damit beschäftigt und Frau Paesold und ihre Mitarbeiter leisten hier eine hervorragende Arbeit.

Abschließend merkte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** an, er freue sich über die Entwicklung, die Herr Kolze hier deutlich gemacht hat. Wir sehen eine große Chance, geduldeten ausländischen Mitbürgern viel schneller die Möglichkeit geben zu können, richtig integriert zu werden. Als Stadt Dessau-Roßlau sollte man eine gewisse Vorreiterrolle übernehmen, da es hier die Möglichkeit zur Integration durch die dezentrale Unterbringung zeitnah besteht. Darum sei man auch dankbar, wenn das Geld möglichst schnell auch ankommt.

Der Beschluss für die überplanmäßige Aufwendung wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**9.7 Fortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Dessau-Roßlau, Teil berufsbildende Schulen
Vorlage: BV/334/2014/V-40**

Die Fortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**9.8 Mitgliedschaft der Stadt Dessau-Roßlau im Verein "Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e. V."
Vorlage: BV/276/2014/VI-80**

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf die Erläuterungen in der Vorlage und gab ergänzende Informationen.

Die Anregung, einmal zu sondieren und zu vermitteln, was die Synergien solcher Prozesse sind, gab **Herr Schönemann**.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Vorlage einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

9.9 Satzung des Wirtschaftsbeirates der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/333/2014/VI-80

Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

9.10 Ganzheitliches Tourismuskonzept für das Oberzentrum Dessau-
Roßlau in der Tourismusregion Anhalt-Dessau-Wittenberg
Vorlage: BV/294/2014/VI-80

Nach Erläuterungen durch **Herrn Oberbürgermeister Kuras** führte **Herr Schöne-mann** aus, die Vorlage stelle von der fachlichen Seite her die Grundlage für das weitere Miteinander dar. Auf diese Vorlage werde demnach in den in der Tagesordnung folgenden Beschlussvorlagen Bezug genommen.

Die Empfehlung an den Oberbürgermeister, diese Vorlage jetzt nicht zur Abstimmung zu bringen, gab **Herr Kolze**. Er glaube, dass im Fall der Beschlussfassung vom Inhalt und der Zielrichtung her keine Diskrepanz besteht, es aber durchaus in der Folge auch Personalmaßnahmen in dem betreffenden Amt auslösen würde. Der Antrag der Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN, der ergänzt wurde durch den mit allen Fraktionen abgestimmten Änderungsantrag, ist auch die durchaus weitergehende Entscheidung. Zu Protokoll sollte genommen werden, dass diese Konzeption, die unter dem TOP 9.10 hier zur Verfügung gestellt wurde, als Arbeitsgrundlage für die weitere Verfahrensweise dient.

Herr Beigeordneter Hantusch unterbreitete einen Verfahrensvorschlag. Umfangreicher sei der Punkt 9.12. Man könne die Vorlage zu 9.10 zunächst so lassen und über die zu 9.12 reden, um danach zu reflektieren, brauchen wir den Beschluss zu 9.10 oder nicht.

Herr Kolze merkte an, man habe in der Beschlussvorlage ja formuliert, „Entwicklung einer Stadtmarketinggesellschaft und Teilumsetzung des Ganzheitlichen Tourismuskonzeptes“ und somit ist es Bestandteil dieser Beschlussvorlage. Indem im Protokoll vermerkt wird, dass Bezug auf diese genommen wird als Arbeitsgrundlage und mit dem Konzept weiter gearbeitet wird, ist es gesichert.

Es müsse nur klar zum Ausdruck kommen, dass es die Arbeitsgrundlage ist, stellte **Herr OB Kuras** fest.

Mit dieser Anmerkung wurde die Beratung zu diesem Punkt beendet und übergeleitet in den TOP 9.12.

9.11 Gründung einer Stadtmarketinggesellschaft in einer privatrechtlichen Rechtsform als GmbH
Vorlage: BV/361/2014/CDU

zurückgezogen

9.12 Teilumsetzung des "Ganzheitlichen Tourismuskonzeptes für das Oberzentrum Dessau-Roßlau in der Tourismusregion Anhalt-Dessau-Wittenberg" - Tourismus- und Kulturgesellschaft
Vorlage: BV/363/2014/StR

Der Beschlussvorlage mit dem Titel Teilumsetzung des „Ganzheitlichen Tourismuskonzeptes...“ eingebracht durch die Fraktionen Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN, Die Linke, Pro Dessau-Roßlau, SPD und AfD war die Fraktion der CDU beigetreten. In Abstimmung aller Fraktionen war ein Änderungsvorschlag erarbeitet worden, welcher in die Beschlussvorlage mit dem (neuen) Titel „Entwicklung einer Stadtmarketinggesellschaft und Teilumsetzung des Ganzheitlichen Tourismuskonzeptes für das Oberzentrum Dessau-Roßlau in der Tourismusregion Anhalt-Dessau-Wittenberg“ mündete.

Herr OB Kuras merkte an, dass es nach Aussage von Herrn Bönecke in einem Punkt noch Dissens gab, was die WBD betrifft und an dieser Stelle noch diskutiert werden sollte.

Herrn Adamek wurde das Wort erteilt, welcher den neuen Beschlussantrag erläuterte. Nach den letzten Ausschusssitzungen habe sich ein fraktionsübergreifendes Gremium gebildet, auch mit Nichtmitgliedern des Stadtrates, welches sich Gedanken gemacht habe, wie könne das Ganze auf dem schnellsten Wege in die Richtung gebracht werden, die für alle einvernehmlich verträglich ist. Daraus seien verschiedene Papiere entstanden, die in der letzten Woche nochmals diskutiert und konkretisiert wurden. Nunmehr liege dieser Änderungsvorschlag zur Beschlussvorlage BV/363/2014/StR vor.

Im Weiteren erläuterte Herr Adamek, als einen wichtigen Punkt sehe man die Einbindung der Wirtschaft, also ein Wirtschaftsmarketing. Es soll eine Gesellschaft auf die Beine gestellt werden, die die Wirtschaftsförderung vorantreibt, die Wirtschaft mit einem Marketingkonzept unterstützt.

Man habe jetzt einen Bearbeitungsstand gefunden, der auf dem aufbaut, was auch schon im letzten Ausschuss diskutiert wurde, führte **Herr Fackiner** aus. Der Bereich Kultur und Tourismusmarketing wurde klar untersetzt und insgesamt eine Stadtmarketinggesellschaft, womit ein Prozess angestoßen werden soll. In dem ersten Be-

reich gibt es konkrete Vorstellungen, Arbeitsfelder in dem zweiten Bereich und es ist eine Ausgestaltung in den nächsten Wochen und Monaten, wie das konkret umgesetzt werden soll. Das ist natürlich abhängig davon, wie ist die Verwaltung zukünftig strukturiert, wie sind die Schnittstellen. Das muss hineinfließen. Es geht nicht darum, Wirtschaftsförderung an noch mehr Stellen zu machen, sondern eine Hilfestellung und Unterstützung zu geben.

Es geht einmal um die Grundsatzentscheidung, eine eigenständige Struktur zu schaffen, zweitens darum, auf der Basis, was ja in dem Konzept sehr gut analysiert wurde, Umsetzungsschritte anzugehen. Dafür soll hier der Startschuss erfolgen.

Wir haben es nie so verstanden, ein Gegenpapier zum Tourismuskonzept zu erstellen, sondern um eine Konkretisierung und auch Beschleunigung für die Prozesse, die vor uns liegen.

Dies werde deutlich in der Formulierung des Gesamttextes, betonte **Herr Schönmann**. Es liegt eindeutig die Handlungshoheit beim Oberbürgermeister, seiner Struktur und in Kooperation mit der Politik liegt. Das gemeinsame Ziel steht dem, was das vorliegende Papier als Teilschritt auf den Weg bringen möchte, auch nicht entgegen.

Frau Storz begrüßte es, dass die Fraktionen zusammengefunden haben, um über das Thema endgültig zu entscheiden. Was sie bei der Vorlage nicht gut finden könne, sei, dass man die Wirtschaftsförderung mit in diese GmbH geben will. Sie sehe zwei verschiedene Aufgabenfelder. Tourismus und Stadtmarketing sei ein Feld, was sich ergänzt und zusammen gehört. Die Wirtschaftsförderung ist Begleitung von Industrieunternehmen, Hilfe bei drohender Insolvenz etc. All diese Dinge seien i. E. in der GmbH nicht aufgehoben. Sie plädiere persönlich dafür, die Wirtschaftsförderung im Amt zu lassen und diese GmbH mit dem Stadtmarketing und Tourismus zu beauftragen.

Dies decke sich mit seiner Auffassung, fügte **Herr OB Kuras** an. Des Weiteren legte er seine Sicht auf das Thema dar. Er erkenne deutlich den fraktionsübergreifenden Willen des Stadtrates. Die Kernaussage, soweit es das Marketing betrifft, stimme auch mit seinen Wahlkampfzielen überein. Er würde gern den Auftrag annehmen – wir betreten hier Neuland in der Stadt – wir müssen das Verfahren strukturieren und sehen, wohin wir kommen. Herr Kuras legte aus seiner Sicht die Vorteile, aber auch die Nachteile dar.

Was allerdings die Vorlage außer Acht lasse, sind bestimmte Anzeige- und Vorlagepflichten bei der Kommunalaufsicht. Die Vorschriften haben sich hier nicht geändert. Es gibt die klare Frage, wenn man ein kommunales Unternehmen in Privatrechtsform hat, müssen zusätzliche Kriterien erfüllt werden. Der Hauptverwaltungsbeamte muss dann eine Analyse erstellen über die Darstellung von Vor- und Nachteilen und es muss eine Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden. Diese Analyse muss sowohl dem Stadtrat, als auch der Kommunalaufsicht vorgelegt werden. Herr Kuras verwies ebenfalls auf den Zeithorizont.

Als letzte Anmerkung benannte Herr OB die IPG – wir haben da eine Hülse, die man nehmen kann, da teile er allerdings die Vorbehalte, die Herr Bönecke geäußert hat. Insofern sei es zu überlegen und er würde gern auch dazu den Prüfauftrag mitnehmen, einen Vergleich anzustellen.

In dem Prüfauftrag ist zu berücksichtigen, was die günstigere Variante ist, ergänzte **Herr Eichelberg**. Es habe Gründe gegeben, warum man eine Gesellschaft nehmen will, die schon existiert.

Herr Bönecke merkte an, den neuen Beschlussvorschlag habe er so gelesen, als ob das die einzige Option sein soll. Er sehe schon den Gedanken dahinter, dass es Sinn macht, finanzielle Mittel, die in der Gesellschaft verfügbar sind, für die Anschubfinanzierung mit zu nutzen. Ob der Weg richtig ist, es aus der Gesellschaft wie sie jetzt existiert, zu machen, habe er Bedenken, zumal es uns von dem angeführte Procédere nicht entbindet. Es müsse der Gesellschaftszweck der IPG geändert werden. Nicht zu unterschätzen sei auch das nicht liquide Vermögen, was in der Gesellschaft liegt. Ein Weg wäre vielleicht auch, eine Tochter aus dieser Gesellschaft zu gründen und diese mit einem hohen Stammkapital auszustatten.

Er nehme die Analyse und die Genehmigung nicht auf die leichte Schulter, betonte **Herr OB Kuras**. Hier sei man aber bei der Frage, was genau gehe mit in die Gesellschaft. Er habe auch die Personalverantwortung für die Mitarbeiter und plädiere dringend dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Prozess mitgenommen werden und zu sehen, was rechtlich möglich und auch sinnvoll ist. Derzeit sehe er nicht die Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Weiteres in eine Gesellschaft zu wechseln. Wir müssen für diese Ideen werben und die Leute mitnehmen.

Nach dem Gespräch am Rande des Volkstrauertages hätte er mehr Unterstützung seitens des Oberbürgermeisters erwartet, vermerkte **Herr Kolze**. Es gehe darum, endlich die Dinge auf den Weg zu bringen, alle Fraktionen bzw. Parteien des Stadtrates hatten es mehr oder weniger in den Wahlprogrammen. Er sei froh, dass man den fraktionsübergreifenden Konsens gefunden habe. Was heute beschlossen werde, sei im Grunde genommen die Grundsatzentscheidung, dass man es in einer GmbH als Servicepunkt für diese Stadt und ihre Unternehmen entwickelt wissen will. Darum wurden die zwei Säulen – Tourismus und Wirtschaftsförderung – in diese GmbH aufgenommen. Diese Gebiete könne man in der heutigen Zeit kaum voneinander trennen. Unter Punkt 2 wurde auch genau formuliert, dass der Oberbürgermeister gemeinsam mit den Mitarbeitern an der Entwicklung, Gründung und Ausgestaltung wirken muss. Es werde auch kein Mitarbeiter gezwungen werden, aber die Erfahrungen anderer entsprechender GmbH sind positiv.

Herr Kolze sei fest überzeugt, dass die Fraktionen gemeinsam mit dem Oberbürgermeister bei dem Beschluss auf dem richtigen Wege sind und dass uns die Einzelheiten – IPG oder eine Neugründung – heute nicht hindern, diese Beschlussvorlage anzunehmen. Sie könne ja dahingehend geändert werden, dass der Oberbürgermeister den Auftrag bekommt, zu prüfen, ob wir es mit der IPG machen können.

Er wolle es nicht als Gegenwehr verstanden wissen, betonte **Herr OB Kuras**, sondern nur vor Euphorie warnen. Es sind rechtlich komplizierte Schritte, die da zu gehen sind und wir müssen die Belegschaft dabei mitnehmen.

Herr Fackiner schloss sich der Meinung an, dass die Belegschaft mitzunehmen ist. Es ist eine Ausgestaltungsfrage und wir wollen eine Richtung vorgeben. Er könne sehr gut damit leben, einen Prüfauftrag zu erteilen. Wenn sich der Zeitplan dann ver-

schiebt, denke er nicht, dass man zurücktreten wird. Er wünsche sich das gemeinsame Wollen, dieses Projekt zum Ziel zu bringen.

Herr Beigeordneter Hantusch brachte zum Ausdruck, dass man gar nicht so weit auseinander sei, wenn man bestimmte Rahmenbedingungen betrachte. Er könne das Anliegen verstehen, bitte aber, bestimmte Formulierungen nicht zu wählen. Man wisse, was im Bereich Tourismus geleistet wird. Die Kolleginnen und Kollegen geben ihr Bestes und sind immer davon abhängig, wie viel Personal haben wir und welche finanziellen Mittel stehen zur Verfügung.

Dies sei ein Anliegen, das die Verwaltung aufgreifen muss und es muss auch in vielen Positionen durchdacht werden. Aus eigener Sicht legte Herr Hantusch dar, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben durchaus Angst, in etwas gezwungen zu werden, was sie so nicht wollen. Er finde die Aussagen gut, dass sie nicht in die Gesellschaft gezwungen werden.

Rückblickend schätzte **Herr Hantusch** ein, seit dem 29. 4. sei den Stadträten ein erstklassiges Tourismuskonzept und auch ein Grundsatzpapier der Wirtschaftsförderung vorgelegt worden. Darin steht, wie man in Dessau Wirtschaft und die Wirtschaftsförderung qualifizieren kann, damit auch mittel- und langfristig die Einnahmeseite gesichert ist. Herr Hantusch habe selbst in den letzten Wochen das Thema Stadtentwicklungsgesellschaft eingebracht, aber was die Kolleginnen und Kollegen mitbekommen mussten, ist Zögern, Zaudern, Zerreden. Sie hatten sich auf das Wort verlassen und festgestellt, wir bekommen kein Optimiertes Amt. Hier erhebt sich die Frage, wie man mit Personal umgeht, wo er ebenfalls die Personalverantwortung trägt.

Die Stadt muss sich entscheiden, wie viel Geld und ob sie überhaupt Geld dafür ausgeben möchte, ihr Potenzial zu heben. **Herr Hantusch** wiederholte, er sei ganz nah dabei, eine reine Stadtentwicklungsgesellschaft zu gründen. Aber er glaube, man sei in der Diskussion so weit, dass man nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Stadtmarketinggesellschaft nimmt, sondern nur die, die wollen. Dann braucht man eine sehr spezialisierte Gesellschaft.

Zum Ende kommend führte **Herr Beigeordneter Hantusch** aus, seine Sorge sei auch, was auch der OB formuliert habe, wir sind mit 2016 und 2017 sehr spät dran. Seit 8 Wochen habe man das Tourismuskonzept vorgelegt und nichts beschlossen. Man könne nicht loslegen, bevor wir nicht die Grunddaten beschlossen haben. Deshalb habe er bewusst gesagt, dass der TOP 9.10 erst einmal beiseitegeschoben werden solle. Er appellierte, den Beschäftigten eine echte Chance und der Verwaltung einen echten Prüfauftrag, dass alle Seiten vernünftig beleuchtet werden, zu geben. Hier sollte Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen.

Herr Adamek stellte nochmals klar, dass niemand irgendjemand von den Mitarbeitern in eine Gesellschaft zwingen. Es war auch niemals in der Diskussion Thema.

Er glaube, hier werden Ängste u. U. unbewusst geschürt, merkte **Herr Schwabe** an. Diese sind aber vollkommen irrelevant. Das wurde hier deutlich und dazu habe jeder Stadtrat sicher eine klare Meinung, Personal muss man mitnehmen. Dies sei aber auch eine Sache von denjenigen, die es umzusetzen haben, wenn es einen Beschluss geben wird. Jetzt habe man sich fraktionsübergreifend eine Meinung gebildet und er denke, es lohne sich jetzt, dieses Thema zu verfolgen und voranzutreiben. Wir sind bei einem richtungsweisenden Beschluss, über Umsetzung habe noch nie-

mand gesprochen. Was hier im Vorfeld an Mauern aufgebaut wird, insbesondere den Mitarbeitern gegenüber, sei bedenklich und kontraproduktiv.

Herr Bönecke erinnerte nochmals an die letzte Stadtratssitzung, in der nach wiederholtem Einfordern des Grundsatzpapiers der Beschluss gefasst werden sollte, ohne dass das Papier vorlag. An dieser Stelle betonte er hinsichtlich der hier angesprochenen gründlichen Prüfung, auch die Stadträte haben das Recht und die Pflicht, vor der Beschlussfassung zu prüfen.

Sein Vorschlag, mit dem die Bedenken ausgeräumt und der Prüfauftrag etwas breiter formuliert werden kann, ist, in der Ziffer 1, den 2. Satz wie folgt zu formulieren:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Stadtmarketinggesellschaft in der privatrechtlichen Rechtsform einer GmbH zu gründen oder die WBD IPG Dessau GmbH zu einer Stadtmarketinggesellschaft mit den Geschäftsbereichen Wirtschaftsförderung und Tourismus- und Kulturmarketing umzustrukturieren.“

Damit hätte man beide Varianten offen, das macht sowohl die Aufspaltung möglich und die Gründung als Tochter aus der IPG heraus sowie auch eine völlige Neugründung.

Herr Schönemann stellte die Frage in den Raum, wie mit der Vorlage zu 9.10 umgegangen werden soll. Da sie Bestandteil der hier gemeinsam eingebrachten Vorlage ist, müsste man sich verständigen, welche Schritte dort zu tätigen sind, die zu erheblichem Zeitverzug führen. Dies müsste zunächst gemacht werden. Die intensive Arbeit, die im Vorfeld gemacht worden ist, kann nicht neutralisiert werden. Er habe den Eindruck, dass die Zeitschiene sich am Ende nicht mit unserer Zeitschiene decken wird. Man gebe ja einen Terminplan vor mit den Aufgabenstellungen.

Ergänzend bestätigte **Herr OB Kuras**, es gehe jetzt um die Inhalte, zu denen man sich klar bekennen müsse. Es sei ein Paradigmenwechsel, den der Stadtrat vorgenommen hat, was sein gutes Recht ist, indem er sagt, es soll nicht im Optimalen Amt gemacht werden. Entweder man fasst einen separaten Beschluss oder nehme Bezug.

Dem zustimmend erklärte **Herr Schönemann**, es sei ihm wichtig, dass hier transportiert wird, dass wir uns im Bereich Tourismus neuen Zielen widmen und einen anderen Weg beschreiten, hat nichts damit zu tun, Mitarbeiter in ihrer Arbeit auch nur im Geringsten gering zu schätzen. Die Rahmenbedingungen bis dato hatten nicht die Ziel- und Ergebnismöglichkeit in sich, dass ein anderer Effekt erzielt werden konnte.

Herr Beigeordneter Hantusch wies nochmals darauf hin, der Punkt 9.10 ist strukturunabhängig. Wenn man diesen nicht beschließt, hat der Bereich Stadtmarketing und Tourismus keine Handlungsmöglichkeiten, was 2016 und 2017 betrifft, es sei denn, wir legen andere Aufgaben auf Eis. Wir brauchen trotzdem aber dieses Geld. Dies sei eine schwierige Lage, er halte es für ausgesprochen gefährlich, das Tourismuskonzept nicht zu beschließen. Man könne ja sehen, wie es dann läuft.

Die Frage bleibe also, was wir wollen und in welcher Priorität, stellte **Herr OB Kuras** fest. Für die Struktur ist es irrelevant. Hier stellte **Herr Fackiner** entgegen, in der Anlage sei das Modell enthalten, dass jemand eingestellt wird für die Themenjahre und dann in die GmbH übergehen wird. Natürlich habe eine solche Gesellschaft dann

auch die Aufgabe, als Lösungsansatz nicht in erster Linie Stellen zu sehen, sondern auch Kooperationen.

Im Beschlusspunkt 2 stehe eindeutig, dass Bezug genommen wird, betonte **Herr Bönecke** auf den Einwurf von Herrn OB Kuras. **Herr Hantusch** merkte an, ein Querweis reiche nicht aus.

Herr Schönemann unterbreitete den Vorschlag, als Arbeitskreis nochmals darauf zu sehen und sich mit der Verwaltung zu verständigen.

Zustimmung wurde signalisiert, trotzdem heute beschließen zu wollen.

Herr OB Kuras sagte zu, die Klärung hinsichtlich des Geldes entsprechend in Etappen zu machen und es nachziffern.

Die gemeinsame Beschlussvorlage der Fraktionen wurde einschließlich der von Herrn Bönecke vorgeschlagenen Ergänzung in der Ziffer 1, Satz 2, zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**9.13 Vertragsangelegenheit: Langfristige Sicherung des Dessau-Roßlauer Handballvereins 2006 e.V..
Vorlage: BV/359/2014/V-40**

Der bisherige TOP 10.3 wurde an dieser Stelle als 9.13 öffentlich behandelt.

Herr Oberbürgermeister Kuras ging in seinen Ausführungen auf die ausgereichten Unterlagen ein. Er betonte, dass man sich in der OB-DB bewusst dazu entschlossen hat, nicht nur die jetzt unmittelbar anstehenden Zahlungen in der Vorlage zu benennen und öffentlich zu machen, sondern auch die bereits in der Vergangenheit geleisteten und auch in der Zukunft beabsichtigten möglicherweise vertraglich geregelten Zahlungen.

Herr Schönemann teilte mit, dass man sich in der Runde der Fraktionsvorsitzenden zu dem in der Vorlage genannten Weg entschieden habe.

Unabhängig von dem heute zu fassenden Beschluss betonte **Frau Benckenstein**, dass dies in den Augen der Fraktion der AfD nicht richtig ist. Wichtig sei die Aussage, ob wirklich auch alle Gläubiger der Ratenzahlungsvereinbarung zugestimmt haben. Ihres Erachtens sei die öffentliche Meinung nicht einhellige Zustimmung, dass der DRHV Zuschüsse von der Stadt bekommen soll.

Herr OB Kuras entgegnete, der DRHV sei der Verein, der von der Spielklasse her noch auf hohem sportlichen Niveau arbeitet und regelmäßig viele Zuschauer hat. Es seien unterschiedliche Dinge, die hier zu bewerten sind, was aber nicht im öffentlichen Teil der Sitzung ausgeführt werden sollte. Für uns als Stadt sei wichtig, wenn wir Geld geben, wollen wir, dass dieser Verein auf eine gesunde Grundlage gestellt

wird. Wir reden im Übrigen auch über eine Altschuldenentlastung und nicht über die Zukunft.

Zu der Frage der Vermarktung der Halle von Herrn Eichelberg merkte **Herr Bönecke** an, dass eine Antwort bereits im Finanzausschuss gegeben wurde. Es sei noch in Arbeit, also noch nicht zu den Akten gelegt. Es gab bisher noch kein interessantes Angebot und das Thema soll nochmals aufgegriffen werden.

Auf die zweite Frage von Herrn Eichelberg zur Spitzensportförderung führte **Herr OB Kuras** aus, es liege ein Antrag von Dessau 05 vor, über den auch befunden werde.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler führte aus, er habe in die Vorlage alle Anregungen aus dem Finanzausschuss eingearbeitet. Damit wurden die geäußerten Bedenken noch nicht ausgeräumt. Es wurde deutlich gemacht, dass die Unterlagen, die nicht öffentlich ausgereicht werden können, können jederzeit durch die Mitglieder des Stadtrates eingesehen werden. Dann könne gern diskutiert werden, inwieweit die gegebenen Antworten zufriedenstellend sind.

Die Stadt übernehme jetzt gegenüber dem Handball den Part, den sie auch dem Spitzensport und dem Handball schuldig ist.

Die Vergangenheitsaufarbeitung über das Zustandekommen dieses unglücklichen Umstandes – nicht alle Dessau-Roßlauer unterstützen dies, was völlig normal ist – ist nicht abgeschlossen. Wir können aber nicht die Aufgaben anderer Behörden übernehmen und wollen es auch nicht. Wenn andere Behörden dies aufarbeiten wollen, werden wir als Stadt kooperativ sein.

Der Handball ist jetzt gut aufgestellt mit einer klaren Gesamtprognose bis 2016 und dies war und ist die Intention der Stadt, schloss **Herr Dr. Raschpichler**.

Nach Abschluss der Diskussion brachte **Herr Oberbürgermeister Kuras** die Vorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde mehrheitlich für die Beschlussfassung im Stadtrat empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:1

Zur Fortsetzung der Beratung wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

14 Schließung der Sitzung

Die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurde durch Herrn Oberbürgermeister Kuras um 20:30 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 16.01.15

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schritfführer